

Das Memorandum, mit dem das US-Justizministerium die Drohnen-Morde zu rechtfertigen versuchte, verstößt offensichtlich gegen die Verfassung und die Gesetze der USA.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 098/14 – 04.07.14**

Das Memorandum, das Obamas Drohnen-Morde rechtfertigen soll

Von Barry Grey

Global Research, 25.06.14

(<http://www.globalresearch.ca/the-obama-drone-murder-memo/5388562>)

(<http://fas.org/irp/eprint/doj-lethal.pdf>)

Aus dem lange unter Verschluss gehaltenen Memorandum des US-Justizministeriums, das am Montag (auf Anordnung eines Gerichtes, s. <http://dailycaller.com/2014/06/24/pentagon-official-the-obama-kill-memo-is-out-and-libertarians-were-right-its-murder/>) freigegeben werden musste, geht hervor, dass Barack Obama, der Präsident der USA, auf berechnende und kriminelle Weise den Mord an dem US-Bürger Anwar al-Awlaki autorisiert hat.

Schon die Lektüre dieses Dokumentes (s. <http://fas.org/irp/eprint/doj-lethal.pdf>), das mit haarsträubenden Argumenten zu rechtfertigen versucht, dass ein Mann, der niemals wegen eines Verbrechens angeklagt wurde, weit entfernt von einem Kampfgebiet von einer Drohne aufgespürt und getötet wurde, ist selbst eine schreckenerregende Erfahrung. Die aberwitzige pseudo-legalistische Argumentation seines Verfassers unterstreicht nur den unrechtmäßigen und vorsätzlichen Charakter dieser Tat.

Der Drohnen-Angriff im Jemen, bei dem am 30. September 2011 neben Awlaki mit Samir Khan ein zweiter US-Bürger und zwei weitere Personen getötet wurden, fand nicht in der Hitze eines Kampfes statt. Das gilt auch für den Drohnen-Angriff, bei dem einen Monat später ein Sohn Awlakis im Teenager-Alter starb.

Obamas geheime Entscheidung, Awlaki auf seine "Tötungsliste" zu setzen, sickerte im April 2010 an die Presse durch. In dem Memorandum, das von David Barron, dem damaligen Bürochef des Legal Counsel (des Justizars) des Justizministeriums verfasst wurde, wird behauptet, die Verfassung und die Gesetze der USA ermächtigten den US-Präsidenten dazu, einen US-Bürger auch ohne Anklage oder Gerichtsverhandlung töten zu lassen; das Memo wurde im Juli 2010 an Justizminister Eric Holder übergeben. Mit einer Klage vor einem Bundesgericht wollte Awlakis Vater die Entfernung seines Sohnes von der Tötungsliste durchsetzen; seine Klage wurde im Dezember 2010 aber abgewiesen.

Anschließend wurde die Tötung Awlakis über einen längeren Zeitraum vorbereitet. Es war ein kaltblütiger Mord, weil das Todesurteil nicht von einem US-Gericht, sondern vom US-Präsidenten verhängt wurde.

Awlaki war vor seiner Ermordung nicht angeklagt worden. Bis heute wurde nicht nachgewiesen, dass er überhaupt ein Verbrechen begangen hat. Keine der Anschuldigungen der US-Regierung, er sei ein "operativer Führer" einer Al-Qaida-Gruppe und aktiv an Terroranschlägen gegen die USA beteiligt gewesen, wurde jemals belegt, obwohl Barron sie in seinem Memo als unwiderlegbare Tatsachen dargestellt hat.

Es könnte sein – aber auch das ist nicht geklärt – dass sich Awlaki an feindlicher Propaganda gegen die Politik der US-Regierung beteiligt hat. Aber selbst wenn das der Fall gewesen sein sollte, wäre ein solches Verhalten nicht zwangsläufig als Verbrechen zu werten und dürfte keinesfalls eine Exekution ohne Gerichtsverfahren nach sich ziehen.

Auch Awlakis Vergangenheit wirft eine Menge Fragen auf. Es ist bekannt, dass er noch zehn Jahre vorher mit dem Pentagon und dem FBI zusammengearbeitet hat.

Awlaki scheint für eine staatliche Tötung ohne Gerichtsverfahren ausgewählt worden zu sein, weil er durch die Medien in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt und zu einem "akzeptierten Ziel" gemacht worden war. Er war also eine Art Versuchsperson. Mit seiner Ermordung sollte ein Präzedenzfall für die uneingeschränkte Machtbefugnis der Exekutive geschaffen werden – und das geschah auch.

Vorher gab es noch keinen solchen Präzedenzfall in der US-Geschichte. Mit dem staatlichen Mord an Awlaki betraten die USA unerforschtes Territorium. Die Tatsache, dass aus dem politischen Establishment keinerlei Proteste gegen dieses verfassungs- und rechtswidrige Vorgehen kamen, zeigt, dass die so genannte US-amerikanische Demokratie von innen heraus verfault.

Wenn der vorsätzlich Mord an einem US-Bürger nicht zur Amtsenthebung des Präsidenten führt (der ihn angeordnet hat), dann gibt es überhaupt kein "Kapitalverbrechen oder Vergehen", das zu einer Amtsenthebung führen könnte. Der Kongress hat die Tötung Awlakis nicht untersucht, und es gab kein öffentliches Hearing. Es wurde auch kein Antrag auf Amtsenthebung Obamas gestellt und keine Anklage gegen ihn und seine Komplizen im Pentagon und in der CIA erhoben. Das ist nicht geschehen, weil alle staatlichen Instanzen Komplizen waren.

Es ist aufschlussreich, die Ermordung Awlakis mit anderen Aktivitäten von Präsidenten zu vergleichen, die zu Amtsenthebungsverfahren oder wenigstens zu Anhörungen im Kongress geführt haben. 1868 wurde vom Repräsentantenhaus ein Amtsenthebungsverfahren gegen Präsident Andrew Johnson eingeleitet, mit der Begründung, er habe seine Amtspflichten verletzt. Seine Amtsenthebung unterblieb nur, weil im Senat eine einzige Stimme fehlte. Der Grund für das Amtsenthebungsverfahren war ein Konflikt mit dem Kongress über die Politik gegenüber den besiegten Südstaaten (s. dazu auch http://www.amerikanische-praesidenten.de/johnson_andrew.shtml).

Präsident Richard Nixon war im August 1974 zum Rücktritt gezwungen, weil der Rechtsausschuss des Repräsentantenhauses im Zusammenhang mit dem Watergate-Einbruch und der Bombardierung Kambodschas drei Amtsenthebungsanträge gegen ihn gestellt hatte (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Watergate-Aff%C3%A4re>). Viele seiner Untergebenen mussten ebenfalls zurücktreten, und einige wurden später zu Gefängnisstrafen verurteilt.

In den 1980er Jahren wäre im Zusammenhang mit der Iran-Contra-Affäre beinahe ein Amtsenthebungsverfahren gegen Präsident Ronald Reagan eingeleitet worden. Wegen der geheimen Waffenverkäufe an den Iran, mit denen die Contra-Rebellen in Nicaragua finanziert wurden, obwohl damit eigentlich US-Geiseln (im Libanon) freigekauft werden sollten (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Iran-Contra-Aff%C3%A4re>), fanden aber öffentliche Anhörungen im Kongress statt; wegen Verstoßes gegen das Boland Amendment (s. dazu <http://de.wikipedia.org/wiki/Boland-Amendment>) kam es später sogar zu Anklagen und Verurteilungen.

Wegen privater sexueller Beziehungen hat das Repräsentantenhaus 1998 ein Amtsenthebungsverfahren gegen Bill Clinton eingeleitet, und der Senat hat ihm eine Rüge erteilt, weil er vor Gericht gelogen hatte (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Lewinsky-Aff%C3%A4re>).

In keinem dieser Fälle kam es zur (staatlichen) Tötung eines US-Bürgers. Obama hat aber sogar öffentlich zugegeben, dass er die Ermordung Awlakis angeordnet hat, und trotzdem hatte sein Geständnis bisher keine juristischen Konsequenzen. Nach der Tötung Awlakis kam es zu weiteren schweren Verstößen gegen die US-Verfassung und gegen demokratische Rechte: Militärische Aktionen wurden ohne die geringste Beteiligung des Kongresses eingeleitet, die Ausspionierung der US-Bürger nahm sprunghaft zu und (nach dem Anschlag auf den Marathon) wurde in Boston de facto das Kriegsrecht verhängt.

Die gleichgültige Haltung des politischen Establishments der USA wird auch an der Tatsache deutlich, dass Obama Herrn Barron, den Autor des Memos, mit dem die Tötung Awlakis gerechtfertigt wurde, diesen unwidersprochen für den Federal Court of Appeals (das Bundesberufungsgericht, s. http://de.wikipedia.org/wiki/United_States_Court_of_Appeals) nominieren konnte. Und der Senat hat ihn mit nur zwei Gegenstimmen von Demokraten bestätigt.

Das Ausbleiben lauten öffentlichen Protestes bedeutet aber kein Einverständnis mit Obamas Verbrechen, es belegt nur die tiefe Entfremdung der großen Mehrheit der Bevölkerung vom politischen System der USA. Die US-Bürger wissen inzwischen, dass ihr Denken und Fühlen nicht mehr zählt. Es gibt tatsächlich innerhalb des politischen und sogar des rechtlichen Systems keinen Mechanismus mehr, durch den ihre Opposition Ausdruck finden könnte.

Was hat diese schlimme Krise (der Demokratie) herbeigeführt? Sie ist das Produkt einer fatalen Kombination aus militaristischem Imperialismus, einer extremen Konzentration des Reichtums an der Spitze der Gesellschaft und der ungehemmten Machtausübung der Konzerne.

In den USA haben große und verhängnisvolle Umwälzungen stattgefunden. Das komplette offizielle politische System befindet sich in einer fortgeschrittenen Stufe der Verwesung. Wie uns die Geschichte lehrt, wird "im Lauf der menschlichen Entwicklung" immer wieder ein Punkt erreicht, an dem eine kritische Masse von Menschen erkennt, dass die Verhältnisse untragbar geworden sind und radikal verändert werden müssen. In den USA wird dieser Punkt schon sehr bald erreicht sein.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Infos über den US-Autor sind nachzulesen unter <http://www.linkedin.com/in/barrygrey> . Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



The Obama Drone Murder Memo

By Barry Grey
June 25, 2014

The long-suppressed Justice Department memo released Monday establishes that the president of the United States, Barack Obama, in the most calculated and criminal man-

ner, authorized the murder of an American citizen, Anwar al-Awlaki.

Reading this document, with its crude arguments supporting the targeting and drone killing of a man far from any battlefield, who was never charged with a crime, is itself a chilling experience. The tortured pseudo-legalisms of its author only underscore the premeditated character of the act.

The drone attack that killed Awlaki and three others in Yemen on September 30, 2011, including a second US citizen, Samir Khan, was not carried out in the heat of battle. Neither was the drone attack one month later that obliterated Awlaki's teenage son.

Obama's secret decision to place Awlaki on his "kill list" was leaked to the press in April of 2010. The memo by the then-head of the Justice Department's Office of Legal Counsel, David Barron, claiming that the Constitution and US laws gave the president the power to kill a US citizen, without charge or trial, was sent to Attorney General Eric Holder in July of 2010. Awlaki's father filed a suit in federal court to remove his son from the kill list, but the case was thrown out in December of 2010.

Thus the murder of Awlaki was organized over a protracted period of time. It was a cold-blooded extra-judicial killing by the state.

Awlaki had not been indicted prior to his killing. In fact, it has not been established to this day that he had committed a criminal act. None of the assertions by the government of his role as an "operational leader" of an Al Qaeda group or his alleged involvement in terror plots against the US were ever substantiated, although Barron in his memo treats them all as indisputable fact.

It may be the case—and not even this is clear—that he engaged in propaganda hostile to the policies of the US government. But even if this is so, such behavior is not necessarily criminal, let alone grounds for execution without trial.

Awlaki's background raises a host of questions. He was, in fact, well known to the Pentagon and the FBI, having collaborated with them a decade before.

It seems that Awlaki was selected for an extra-judicial state killing because he had acquired a public persona that—and here the media played a vital role—would make him an "acceptable" target. In this sense, Awlaki was a guinea pig. His murder was calculated to establish a precedent for virtually unlimited executive power—and it has.

There is no precedent for such an act in American history. With the state murder of Awlaki, the United States entered into uncharted territory. The lack of any significant response from any section of the political establishment has demonstrated that so-called American democracy is rotting from within.

If the deliberate murder of a US citizen is not an impeachable act, a "high crime and misdemeanor," then nothing is. But there has been no congressional investigation into the killing of Awlaki. There have been no public hearings. There has been no move to impeach Obama or prosecute him and his CIA and Pentagon accomplices. This is because the entire state is complicit.

It is instructive to compare the killing of Awlaki to other presidential acts that led to impeachment proceedings or, at least, congressional hearings. In 1868, President Andrew Johnson was impeached by the House of Representatives for having violated the Tenure

of Office Act. He avoided conviction by the Senate and removal from office by a single vote. The underlying cause of the impeachment crisis involved conflicts with Congress over policy toward the defeated South.

Richard Nixon resigned under duress in August 1974 after the House Judiciary Committee passed three articles of impeachment relating to the Watergate burglary and the bombing of Cambodia. Many of his subordinates resigned and were later sent to prison.

In the 1980s, President Ronald Reagan became mired in the Iran-Contra affair that should have led to impeachment proceedings but did not. There were, however, public congressional hearings into the secret sale of weapons to Iran in exchange for the release of US hostages, and the use of the proceeds from the sales to fund the Nicaraguan contras, in violation of the Boland Amendment. Later, there were trials and convictions.

Bill Clinton was impeached by the House in 1998 and tried in the Senate for lying to a grand jury about private sexual relations.

None of these cases involved the killing of an American citizen. Yet today, Obama publicly acknowledges having ordered the assassination of Awlaki, and there are no legal consequences. In the aftermath of Awlaki's killing, the violations of the Constitution and democratic rights become more and more grotesque: military aggression launched without even the pretense of congressional approval, pervasive government spying on the American people, de facto martial law in Boston, etc.

The attitude of the political establishment is summed up by the fact that Obama nominated Barron—the author of the memo that sanctioned Awlaki's killing—to join the federal Court of Appeals. His promotion was confirmed by the Senate, with all but two Democrats voting in favor.

The absence of broad public protest reflects not agreement with Obama's crime, but the deep alienation of the great mass of the people from the political system. They know by now that what they think or feel counts for nothing. There is, in fact, no mechanism within the political or even the legal system through which their opposition can find expression.

What has produced this malignant crisis? It is the product of a fatal combination of imperialist militarism, the extreme concentration of wealth at the very top, and the unrestrained exercise of corporate power.

Vast and ominous changes have taken place in America. The entire official political set-up is in an advanced stage of putrefaction. History teaches that, "in the course of human events," there comes a point when a critical mass of people concludes that the existing system has become so intolerable that it must be radically changed. Such a point is fast approaching in the United States.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern